

Positionen des dbb Schleswig-Holstein

digitale Verwaltung

Die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland setzt eine moderne Infrastruktur voraus. Dazu gehört auch ein öffentlicher Dienst, der mit der digitalen Entwicklung Schritt hält und die diesbezüglichen Erwartungen der Bürger und der Wirtschaft gleichermaßen erfüllen kann. Die Digitalisierung der Verwaltung bedeutet die Chance, Verwaltungsdienstleistungen modern und bürgerfreundlich zu gestalten sowie die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung attraktiver zu machen. Dem diesbezüglich bestehenden Nachholbedarf sollte unverzüglich Rechnung getragen werden. Damit die Chancen genutzt und die Risiken vermieden werden, müssen jedoch einige grundsätzliche Punkte beachtet werden:

Den Beschäftigten kommt eine Schlüsselrolle für die erfolgreiche Einführung und Fortentwicklung der digitalen Verwaltung zu.

Weder jetzt noch in der Zukunft können öffentliche Dienstleistungen ohne die Beschäftigten erbracht werden. Keine Technik der Welt kann Einfühlungsvermögen, direkte Ansprache und unkomplizierte Hilfe ersetzen. Technik kann den Menschen nur ergänzen, macht ihn aber nicht überflüssig.

Deshalb müssen die Beschäftigten in die digitale Verwaltung einbezogen werden, ihre Erfahrungen sind hilfreich und unverzichtbar. Sie müssen zudem qualifiziert werden. Die Aus- und Fortbildung muss diesem Erfordernis Rechnung tragen. Passgenaue Weiterbildungen und gezielte Schulungen müssen die Beschäftigten dort abholen, wo sie mit ihrem digitalen Knowhow gerade stehen.

Keine Entgrenzung von Arbeit und Privatleben

Mobiles Arbeiten und fortschreitende Digitalisierung bedeuten die Möglichkeit, fast immer und überall arbeiten zu können – und die Gefahr, fast immer und überall erreichbar zu sein. Der Ausbau mobiler Arbeitsmöglichkeiten darf aber nicht mit einem schleichenden Prozess verbunden sein, der eine klare Trennung von Arbeit und Freizeit erschwert sowie die Verletzung von Arbeitsschutzvorschriften mit sich bringen kann. Die Arbeitszeit darf nicht schleichend durch moderne IT-Vernetzung ausgeweitet werden, was zum Beispiel bei einer permanenten Erreichbarkeit oder Möglichkeit des Mailabrufs geschehen kann. Hier entsteht schnell ein latenter Druck, ein Anliegen auch nach Feierabend noch schnell aufzugreifen. Damit sich die psychischen Belastungen nicht gesundheitsschädlich auswirken, sind verbindliche Erholungs- und Entspannungsphasen unerlässlich. Es sind klare Regeln erforderlich, um Beschäftigte vor Selbstausbeutung im digitalen Arbeitsleben zu schützen. Außerdem muss die Trennung von Arbeit und Arbeitsplatz immer freiwillig sein.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die digitale Verwaltung kann die Vereinbarung von Familie und Beruf sowie die Attraktivität von Arbeitsplätzen erhöhen, indem Modelle für Telearbeit und Homeoffice weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Wichtig ist aber auch, dass Beschäftigte, die deshalb weniger Zeit im Büro arbeiten, keine Nachteile in ihrer Wertschätzung und in ihrem Fortkommen erfahren und nicht durch „anonymisierte Arbeitsplätze“ von sozialen Kontaktebenen abgehängt werden.

Vorteile mobiler Arbeitsmöglichkeiten nutzen

Mobilität spricht insbesondere jüngere Beschäftigte als Attraktivitätskriterium bei der Arbeitsplatzwahl an. Mitarbeiter wünschen sich mehr Flexibilität bei Ort und Zeit, öffentliche Verwaltungen und Betriebe suchen gute und motivierte Mitarbeiter, die eng an den Arbeitgeber gebunden werden sollen.

Aufgabenbereiche und Berufe ohne entsprechende Möglichkeiten nicht vergessen

Nicht aus dem Blick verlieren darf man aber die vielen Beschäftigten, die nicht von der mobilen Arbeit profitieren können. Zum Beispiel in den Berufen, die im Pflege-, Erziehungs- und Sozialbereich, in der öffentlichen Sicherheit sowie in den handwerklich geprägten Bereichen angesiedelt sind. Vor diesem Hintergrund muss klar sein, dass die Attraktivität des Arbeitsplatzes durch weitere Kriterien erfüllt werden muss, wobei auch die wettbewerbsfähige Bezahlung eine wichtige Rolle spielt.

Möglichkeiten für Verwaltungsvereinfachung nutzen

Die Digitalisierung als Beitrag für effizientere Verwaltungsabläufe setzt voraus, dass auch die Verwaltungen mit der Modernisierung Schritt halten können, was eine gute technische Ausstattung sowie qualifiziertes Personal erfordert.

Dabei muss eine weitere Hürde überwunden werden: Die möglichen Vorteile werden ausgebremst, wenn die Daten, die auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen in verschiedenen IT-Systemen vorgehalten werden, nicht kompatibel und nicht allen beteiligten Stellen zugänglich sind. Deshalb ist die ebenenübergreifende Entwicklung von Verfahren und Strategien von großer Bedeutung. Dabei muss natürlich der Datenschutz beachtet werden, er darf allerdings nicht ein schlüssiges Verwaltungshandeln beeinträchtigen.

Bürgerorientierung muss im Mittelpunkt stehen – aber nicht nur digital

Mit einer guten Benutzerfreundlichkeit und einer guten Reichweite digitaler Angebote können viele Verwaltungsdienstleistungen online erledigt werden. Allerdings sind die Angebote von Land zu Land und von Kommune zu Kommune quantitativ und qualitativ viel zu unterschiedlich und das Ende vom Lied ist meist immer noch das persönliche Erscheinen im Amt.

Andererseits darf die Digitalisierung für Bürgerinnen und Bürger nicht zur unüberwindbaren Hürde werden. Auch der persönliche Zugang zur Verwaltung muss gewährleistet bleiben. Hierbei sind insbesondere die Anbindung im ländlichen Raum sowie die Belange der älteren Generation zu beachten.

Die Aufgabe des öffentlichen Diensts – zuverlässige Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger anzubieten – hat sich nicht geändert, doch die Wege sind vielfältiger geworden. Das ist ein großer Gewinn, den es nun zu nutzen gilt.

Aber eben nicht einseitig: Es ist zwar wichtig, dass auch die Verwaltung und politische Entscheidungsträger die Vorteile der modernen Technologien nutzen, um zum Beispiel in den Dialog mit Bürgern und Interessengruppen zu treten. Es ist gut, wenn jeder seine Wünsche und Anregungen direkt an die Verwaltung herantragen kann. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass Einzelmeinungen zu stark bei der Entscheidungsfindung gewichtet wurden und andere relevante Akteure, die wenig über digitale Medien kommunizieren, ausgeschlossen wurden.